



Mit offenen Augen durch den Bezirk 1150

EINE FLUGBLATTREIHE

Eine Antifaschistische Perspektive auf Denkmäler, Straßenschilder und faschistische Vernetzungstreffen und deren Hintergründe im 15. Wiener Gemeindebezirk

TEIL 1

Das Karl-Lueger-Denkmal am Mariahilfergürtel
Ausgeblendeter Antisemitismus

Das Karl Lueger Denkmal am Mariahilfergürtel Ausgeblendeter Antisemitismus

Direkt am Mariahilfer-Gürtel steht im Bereich zwischen innerer und äußerer Mariahilferstraße ein phallusartig in die Höhe ragender Obelisk. Eine an dem Denkmal angebrachte Tafel soll an die Anlegung der Grünanlagen auf dem Gürtel zwischen Nussdorfer Straße und Wiental unter dem, von 1897 bis 1910, amtierenden Bürgermeister Karl Lueger erinnern. Nicht thematisiert wird, wie bei allen anderen Karl-Lueger-Denkmalern auch, dass dieser ein übler Antisemit war und auch massiv vom Antisemitismus der Wiener Bevölkerung politisch profitiert hat. Er gilt als einer der ersten Politiker, die den Antisemitismus systematisch als politisches Programm einsetzten.

Um den ehemaligen Wiener Bürgermeister und bekennenden Antisemiten Karl Lueger herrschte seit seiner Amtszeit ein regelrechter Personenkult. Lueger hat die Geschichte und das Stadtbild Wiens in vielerlei Hinsicht geprägt - nicht zuletzt durch den strategisch eingesetzten Antisemitismus.

Während sein Antisemitismus in der offiziellen Gedenk- und Denkmälerpolitik der Stadt Wien bis heute weitgehend ausgeblendet bleibt, wird ihm in der glorifizierenden Darstellung der Ausbau der städtischen Infrastruktur (Gas-, Wasser-, Stromversorgung, öffentlicher Verkehr) und der kommunalen Versorgungseinrichtungen zugeschrieben. Dieses Argument wird oft dafür verwendet die Denkmäler für diesen Antisemiten und die nach ihm benannten Orte in Wien, zu legitimieren.

Wie bereits erwähnt, gilt Lueger als einer der ersten, die Antisemitismus gezielt als politisches Instrument eingesetzt haben. Nach dessen eigenem Bekunden war Lueger ein wichtiges Vorbild für Hitler. Lueger war Gründer der österreichischen Christlichsozialen-Partei (CS), die 1893 aus einem Zusammenschluss Deutschnationaler und Christlichsozialer hervorgegangen war. Die Gruppe von Wählern¹, die Lueger in erster Linie ansprechen wollte, war das Wiener Kleinbürgertum, das sich Ende des 19. Jahrhunderts von sozialem Abstieg und den Veränderungen, die die Industrialisierung mit sich brachte, bedroht fühlte. Lueger formulierte ein explizit antisemitisches Programm, das in seiner Regierungszeit auch umgesetzt werden sollte. Der Antisemitismus fiel bei der Wiener Bevölkerung auf sehr fruchtbaren Boden. Während Luegers Amtszeit wurden antisemitische Bücher an Volksschulen eingeführt, jüdische Lehrer_innen entlassen und Juden bzw. Jüdinnen vom Gemeindedienst ausgeschlossen. Außerdem wurde ein Zusatz zur Wiener Gemeindeverfassung hinzugefügt, der den Schwur, Wiens Charakter als „deutsche Stadt“ zu erhalten, beinhaltete. Der explizite Antisemitismus Luegers und seiner Christlichsozialen Partei wurde sofort verstanden, sodass sie sich mit dem aussagekräftigen Spitznamen „die Antisemiten“ politisch identifizierten.

1 An dieser Stelle wird ausschließlich die männliche Form verwendet, da Frauen in Österreich erst 1918 das Wahlrecht erhielten.

Um dem Kleinbürger_innentum als neuem politischem Akteur in einem vertrauten Rahmen begegnen zu können, kreierte Lueger von sich das Bild des „Volkskaisers“, der die Interessen des so genannten „kleinen Mannes“ gegen das als übermächtigen Gegner imaginierte Großbürger_innentum vertritt und verteidigt. Auf diesen Vorstellungen basierende antisemitische Parolen verhalfen Lueger zum politischen Aufstieg. Alle Probleme brachte er, wie die Historikerin Brigitte Hamann schreibt, "auf eine einfache Formel: Der Jud' ist schuld." Aussagen Luegers, wie beispielsweise: „Ich werde erst glücklich sein, wenn der letzte Jud' aus Wien verschwunden ist“, bringen deutlich zum Ausdruck, dass Luegers Antisemitismus nicht nur Mittel zum Zweck des politischen Aufstieges war, wie von konservativer Seite (vor allem vonseiten der heutigen ÖVP) oftmals behauptet wird.

Zwar wurde der „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ nach jahrzehntelangen Protesten im Jahr 2012 in „Universitätsring“ umbenannt, trotzdem erinnern noch heute zahlreiche Orte, wie beispielsweise der Lueger-Platz und das Lueger-Denkmal auf der Wiener Ringstraße, oder eben der „Obelisk“ am Mariahilfer-Gürtel auf unkritische Art und Weise an den Antisemiten. Lueger wird für seine stadtpolitischen „Errungenschaften“ geehrt und seine antisemitische Agitation an keinem dieser Orte (kritisch) thematisiert.

Auch der Großteil der österreichischen Parteien blendet Luegers Antisemitismus aus. Beispielsweise trauerte die ÖVP in einer Presseaussendung über die "Auslöschung des Namens von einem der prägendsten Bürgermeister Wiens“, als der „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ in „Universitätsring“ umbenannt wurde. Und wenn es darum geht, am Lueger-Denkmal eine Zusatztafel anzubringen, klagt der FPÖ Klubobmann Johann Gudenus über die „Entweihung des Karl Lueger-Denkmal“.

Die Anbringung von Tafeln, die auf die antisemitische Agitation des ehemaligen Wiener Bürgermeisters hinweisen, wäre ein erster kleiner Schritt in Richtung Thematisierung, der zutiefst antisemitischen Tradition in Wien. Ein weiterer Schritt wäre die Umbenennung von Straßen, Denkmälern, etc., die nach Personen benannt sind, die antisemitische, rassistische und andere diskriminierende Inhalte verbreitet haben – natürlich mit Hinweis auf den Grund. Dies verschleiert nicht deren Existenz, wie von ÖVP und FPÖ oft behauptet, sondern fördert die öffentliche Auseinandersetzung mit Diskriminierung und die Aufarbeitung historischer Ereignisse.